

NACHRICHTEN

Schmidt Küchen wächst kräftig

Türkismühle. Der deutsch-französische Küchenhersteller Schmidt Küchen hat 2011 die eigenen Wachstumserwartungen übertroffen. Demnach steigerte das Familienunternehmen den Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent auf 370 Millionen Euro. Der Küchenhersteller, der in Türkismühle einen Montage- und Vertriebsstandort hat, beschäftigt insgesamt 1450 Mitarbeiter. Rund zehn Prozent des Umsatzes soll investiert werden. Die Produktionskapazität soll nach den Plänen um ein Viertel ausgebaut werden. red

Fernzugnetz der Bahn schrumpft

Mainz/Berlin. Die Bahn befördert im Fernverkehr immer mehr Fahrgäste in weniger Städte. Seit 1999 seien 110 Bahnhöfe aus dem Fernverkehrsnetz genommen worden, so das ARD-Magazin „Report Mainz“. Stationen abseits der Hauptstrecken würden nur noch halb so oft von ICE oder Intercitys bedient wie vor 13 Jahren. Die Bahn widersprach den Zahlen nicht. Es gebe aber keine Ausdünnung der Fernverkehrsangebote. dpa

BMW und Toyota forschen gemeinsam

München. BMW und Toyota haben gestern ein Abkommen zur gemeinsamen Weiterentwicklung von Batterietechnik unterzeichnet. Vor allem geht es dabei um Forschung an Lithium-Ionen-Batterien. Die Batterie ist die Schlüsseltechnologie für die Entwicklung von Elektroautos. dpa

Opel-Betriebsrat warnt General Motors

Bochum. Der Bochumer Opel-Betriebsrat und die IG Metall in Nordrhein-Westfalen haben die Konzernmutter General Motors (GM) vor hohen Kosten bei einer Werksschließung gewarnt. „Eine Schließung von Opel-Bochum würde für General Motors und Opel die teuerste Werksschließung aller Zeiten“, hieß es gestern in einer Erklärung. „Eine Schließung von Bochum werden wir niemals akzeptieren oder sozialverträglich gestalten.“ dpa

Neuer Prozess um VW-Affäre startet

Wolfsburg. Sieben Jahre nach Beginn der VW-Affäre um falsche Abrechnungen und Lustreisen auf Firmenkosten beschäftigt sich erneut die Justiz mit dem Skandal. Seit gestern muss sich die frühere Geliebte von Ex-Betriebsratschefs Klaus Volkert vor dem Wolfsburger Amtsgericht verantworten. Ihr wird Beihilfe zur Untreue in 26 Fällen vorgeworfen. dpa

Bauern warnen vor Flächenverlusten

Berlin. Die Bauern dringen auf einen schonenden Umgang mit der knappen Anbaufläche bei der Energiewende. Kern- und Hauptgeschäft bleibe die Nahrungsmittelproduktion, so Bauernpräsident Gerd Sonnleitner. Für Stromtrassen auf ihren Feldern könnten Bauern nicht nur einmalig entschädigt werden. Mit dem Bau von Solaranlagen auch entlang von Autobahnen und Bahnstrecken müsse Schluss sein. dpa

PRODUKTION DIESER SEITE:
VOLKER MEYER ZU TITTINGDORF
THOMAS SPONTICCIA

Merkels Kampf um ein Ja zum Fiskalpakt

Streit um Finanztransaktionssteuer und Ausweitung des Rettungsschirms birgt Sprengstoff für die Koalition

In Berlin begannen gestern die Verhandlungen um die komplizierten neuen Euro-Rettungsbeschlüsse. Kanzlerin Merkel sieht sich dabei auch koalitionsintern Widerständen gegenüber. SZ-Korrespondent Werner Kolhoff hat das Thema in Frage-Antwort-Form aufgearbeitet.

Berlin. Mit einem Treffen der Fraktionschefs von CDU, FDP, SPD und Grünen begannen gestern die Verhandlungen um die parlamentarische Zustimmung zum europäischen Fiskalpakt. Außerdem steht im Mai der neue Euro-Rettungsschirm ESM zur Abstimmung an. Beide Entscheidungen sind explosiv: Kanzlerin Angela Merkel könnte entweder die Koalition um die Ohren fliegen oder der Euro.

Worum geht es beim Fiskalpakt? Beim Fiskalpakt geht es um die von Deutschland immer wieder als Gegenleistung für die Euro-Garantien geforderte Stabilitätsunion. Alle Länder sollen eine verbindliche Schuldenbremse einführen und sich in ihrer Haushaltsführung überwatchen lassen. 25 der 27 EU-Staaten (al-

le außer Großbritannien und Tschechien) haben den Fiskalpakt unterschrieben. Weil er in die Autonomie Deutschlands eingreift, ist für die parlamentarische Billigung dieses Staatsvertrages hierzulande eine verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat erforderlich. Angela Merkels CDU kann sie nur mit der SPD erreichen und braucht auch noch den Koalitionspartner FDP oder die Grünen. Die Linke lehnt das Vorhaben ab.

Warum sind die Verhandlungen so heikel?

SPD und Grüne fordern als Bedingung die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mindestens in allen Euro-Staaten, um mit den erwarteten 57 Milliarden Euro jährlichen Einnahmen ein „Wachstumspaket“ für die schwachen Länder zu finanzieren. Schuldenabbau allein bessere deren Lage nicht, argumentieren sie. Die FDP lehnt die Steuer aber strikt ab, weil Großbritannien Nein sagt und bei einer Einführung der Steuer nur im Euro-Raum die Finanzindustrie nach London abwan-



Für die Euro-Stabilitätsunion ist eine Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und -rat nötig. FOTO: DPA

dern könnte. Gegenwärtig gibt es zwei Lösungsvarianten: Entweder Merkel übergeht die FDP, was den Koalitionsbruch bedeuten könnte, oder sie versucht mit allen Parteien einen Kompromiss zu finden. Ins Gespräch brachte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) jetzt die Wiedereinführung der alten Börsenumsatzsteuer auf Aktienverkäufe, die aber um neue Finanzprodukte wie Derivate erweitert werden soll. Fraglich ist, ob die FDP da mitgeht und ob der SPD das reicht. Es komme auf den Ertrag an, hieß es gestern bei den Sozialdemokraten. Viele in der Koalition spekulieren auch, dass die SPD zum Fiskalpakt gar nicht Nein sagen

kann, denn ein Scheitern würde auf den Finanzmärkten als fundamentale Schwäche des Euro ausgelegt. Die SPD könne es sich nicht leisten, daran schuld zu sein. Die SPD versucht nun, den von der Regierung vorgegebenen engen Zeitplan zu strecken.

Was ist der ESM?

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) sollte ursprünglich den bis Juni 2013 laufenden Rettungsschirm EFSF dauerhaft ablösen. Nun wird die Einführung auf Mitte dieses Jahres vorgezogen. Maximal soll der ESM 500 Milliarden Euro für Bürgschaften oder den Kauf von Staatsanleihen ausgeben können. Anders als beim EFSF besteht der Mechanismus nicht nur aus Garantien, sondern zum Teil aus echtem Geld. Der Bund ist mit 22 Milliarden Euro dabei.

Was ist am ESM so heikel?

Ursprünglich dachte man, dass der ESM relativ glatt durch den Bundestag gehen würde. Doch inzwischen gibt es zwei Probleme: Zum einen sind Experten wie das Centrum für Europäi-

sche Politik in Freiburg der Meinung, dass auch hierfür eine Zweidrittel-Mehrheit nötig ist, weil es sich um eine Abtretung von Hoheitsrechten handelt. Das wird im Bundestag derzeit geprüft. SPD und Grüne wollen den ESM mittragen – ohne große Bedingungen. Zum anderen droht auch hier Streit in der Koalition. Denn inzwischen ist klar, dass der Kreditrahmen doch größer wird als ursprünglich von der Regierung versprochen. Laut Angela Merkel soll der ESM eine Weile parallel zum EFSF laufen, der noch rund 200 Milliarden Euro umfasst. Insgesamt wären dann vorübergehend 700 Milliarden im Garantietopf. Vor allem die USA und der Internationale Währungsfonds hatten auf Ausweitungen gepocht. Vor allem die FDP könnte mit der Aufstockung ein Problem bekommen. Die Führung der Partei hatte Ende Dezember im Zuge des damaligen Mitgliederentscheides die innerparteilichen Euro-Kritiker nämlich mit dem Versprechen beruhigt, dem ESM nur zuzustimmen, wenn er nicht ausgeweitet werde.

Cesio will Doc-Morris-Apotheken verkaufen



Der Pharmagroßhändler Cesio will sich von seiner 2007 übernommenen Internet-Versandapotheke Doc Morris trennen. Hintergrund ist, dass die mit günstigen Preisen werbende Internetapotheke Großteile der deutschen Apothekerschaft gegen das Stuttgarter Unternehmen aufgebracht hatte. Zudem sind weitere Verkäufe von Tochterunterneh-

men geplant, wie Cesio gestern in Stuttgart bekanntgab. Deutschlands Nummer zwei in der Pharmalogistik schrammte 2011 nur haarscharf an roten Zahlen vorbei. Unter dem Strich verbuchte das Unternehmen 6,1 Millionen Euro Gewinn bei einem Umsatz von rund 23 Milliarden Euro. Im Saarland gibt es acht Doc-Morris-Apotheken. FOTO KEYSTONE

Rettung von Cirrus Airlines in greifbarer Nähe

Saarbrücken. Für die insolvente Saarbrücker Fluggesellschaft Cirrus Airlines zeichnet sich eine Lösung ab. Ein Wettbewerber sei sehr an einer Übernahme interessiert und wolle den Standort Saarbrücken erhalten, sagte gestern der vorläufige Insolvenzverwalter Jochen Eisenbeis auf SZ-Anfrage. Namen nannte er nicht. Nach Angaben des SR handelt es sich um die Regionalfluggesellschaft OLT Express. Auf einer Betriebsversammlung habe er gestern der Belegschaft angekündigt, dass „100 Mitarbeiter in dieser Woche die Kündigung erhalten“, sagte Eisenbeis. Betroffen sei das Fluggesellschaftspersonal. Doch seien die Arbeitsplätze noch nicht verloren. „Der Investor ist bereit, den Piloten einen neuen Arbeitsvertrag anzubieten.“ Voraussetzung sei aber, dass sich die Betroffenen auf andere Flugzeugtypen umschulen ließen. Eisenbeis rechnet in den kommenden zwei Wochen mit einer Entscheidung über die Zukunft von Cirrus Airlines. Das Unternehmen beschäftigt nach Angaben des Rechtsanwalts zurzeit noch zwischen 250 und 260 Mitarbeiter. mzt

Erstes Ferienhaus am Bostalsee verkauft

Immobilienfirma: 96 Reservierungen für Ferienpark-Bungalows

Der Verkauf der Ferienhäuser des Center-Parc-Bostalsee hat begonnen. Zwei Kölner haben den Notarvertrag für eine Sechs-Personen-Haus unterschrieben. Am Nordufer des Sees werden in sechs Dörfern 500 Häuser errichtet.

Nohfelden. 499 Häuser stehen im Ferienpark am Bostalsee noch zum Verkauf. Denn der Kaufvertrag für das erste der insgesamt 500 Häuser ist unter Dach und Fach. Vor dem Notar wurde der Vertrag zwischen der Firma KPS Invest Immobilien und Anja Praum und Willy Schneider aus Köln besiegelt. Die Kölner haben als Erste ein Ferienhaus für sechs Personen erstanden. Für die kommenden Tage hat KPS Vertriebsdirektor Joachim Rinkebach weitere Notartermine verabredet.

96 fest vereinbarte Reservierungen lägen vor, sagt Rinkebach. Das Interesse, Geld im Center Parc „Bostalsee“ anzulegen, sei europaweit sehr groß. Über 900 Interessenten hätten übers Internet oder bei Kontakten im Verkaufspavillon nahe der Seeverwaltung ihre Daten hinterlegt.

Anfragen kämen aus ganz Deutschland, von München bis Hamburg, und besonders viele aus den Niederlanden.

Der Verkaufspreis der Ferienhäuser liegt zwischen 104 000 und 244 000 Euro, abhängig von der Ausstattung, der Größe – für zwei bis zu zehn Personen – und der Lage im Park. Gekauft wird das komplett möblierte Gebäude einschließlich der Ausstattung vom Kochtopf bis zur Bettwäsche. Nach 15 Jahren könne dann



Anja Praum und Willy Schneider haben als Erste ein Haus im neuen Ferienpark am Bostalsee gekauft. FOTO: BONENBERGER & KLOS

auch das Grundstück zu einem Fixpreis von rund 9000 Euro gekauft werden.

Alle Ferienhäuser werden für eine erste Laufzeit von 15 Jahren an den Parkbetreiber Center Parc vermietet. In dieser Zeit kümmert sich das Unternehmen laut Vertrag um Vermietung, Verwaltung sowie notwendige Pflege und Reparaturen an und im Gebäude. Die Vereinbarung sehe auch vor, dass Hauseigentümer auf den Kaufpreis eine Rendite ab fünf Prozent erhalten, unabhängig davon, ob das Ferienhaus vermietet sei oder nicht, erläuterte Rinkebach.

Am Bostalsee entsteht auf 90 Hektar ein Ferienpark. 130 Millionen Euro werden investiert – in Bungalows, Schwimmbad, Sportanlagen und eine Zufahrtsstraße. Das Land stellt insgesamt 72 Millionen Euro bereit. Der Ferienpark soll im Jahr 300 000 zusätzliche Gäste an den Bostalsee locken. Die Eröffnung ist für den Sommer kommenden Jahres geplant. ddt/red

www.
cp-bostalsee.com

Einigung über Parlamentsrechte bei Euro-Hilfen

Berlin. Koalition und Opposition haben sich nach langem Ringen auf einen Kompromiss zur Beteiligung des Bundestages an Euro-Rettungshilfen verständigt. Nach einem gemeinsamen Gesetzentwurf von Union, FDP, SPD und Grünen soll grundsätzlich das gesamte Plenum entscheiden. Dies betrifft entgegen ersten Plänen auch eilige Fälle. Nur bei besonders vertraulichen Maßnahmen wie dem Kauf von Staatsanleihen auf dem sogenannten Sekundärmarkt soll ein kleines, geheim zu wählendes Sondergremium die Parlamentsrechte wahrnehmen. Bedenken des Bundesverfassungsgerichts wurden so ausgeräumt. Hintergrund ist ein Urteil zur Kontrolle des befristeten Rettungsschirms EFSF. Das geheim tagende, bisher neunköpfige Sondergremium für eilbedürftige Entscheidungen verstößt aus Sicht der Karlsruher Richter gegen Beteiligungsrechte der Abgeordneten. Nur in Ausnahmefällen mit besonderer Vertraulichkeit sei eine Entscheidung durch ein Sondergremium gerechtfertigt. dpa

Anzeige

SZ-EURO-JAGD

Zählen und gewinnen!
01 379 / 37 11 38-3
50 Cent aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk abweichend

Omnibustag: Branche diskutiert Verkehrspolitik

Saarbrücken. Die private Busbranche Südwestdeutschlands trifft sich am Freitag, 30. März, in Saarbrücken zu ihrem achten Omnibustag. Daran beteiligen sich rund 300 Unternehmen. Die vier Busverbände aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland setzen sich in der Saarbrücker Congresshalle in Fachvorträgen mit der künftigen Politik im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auseinander.

In diesem Zusammenhang fordert der Vorsitzende der Fachvereinigung Omnibusverkehr im Landesverband Verkehrsgewerbe Saarland (LVS), Hans Gassert, mehr politischen Rückhalt für das private Busgewerbe. Bisher hätten private Busunternehmen im Wettbewerb mit kommunalen Verkehrsbetrieben und Bahnbuss-Gesellschaften immer die schlechteren Karten. Neben Referaten und einer Podiumsdiskussion wird es auch eine Fachmesse mit Neuentwicklungen rund um den Omnibus vor der Congresshalle geben. red

Fluglotsen haften nicht für Streikfolgen

Frankfurt/Stuttgart. Die Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) haftet nicht für Folgen eines Lotsenstreiks am Stuttgarter Flughafen im April 2009. Das Arbeitsgericht Frankfurt wies gestern die Klagen von vier Fluggesellschaften ab, die zusammen insgesamt rund 32 500 Euro Schadensersatz wegen ausgefallener Flüge verlangt hatten. Sie seien in ihrem Recht am eingerichteten Gewerbebetrieb nicht eingeschränkt worden, erklärte das Gericht. dpa